

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

erhält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Seditz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkassette Nr. 12 — Orländische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassette: Dresden 88 827

Versprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Borsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: A. Rohrlapp

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepalte 85 mm breite Beilage 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 35 mm breite Reklamebeilage 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Wiederholungen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 247

Bad Schandau, Freitag, den 21. Oktober 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Die letzte Ausgabe der „Berliner Illustrierten“ ist wiederum wegen des Romans „Heimat“ von Stowronnel beschlagnahmt worden. Derselben ist die „Oberösterreichische Volksstimme“ (Gleiwitz) verboten worden.

* Der Berufungsprozess gegen den Deutschen Volksbund in Kattowitz, der in dritter Instanz heute vor dem höchsten polnischen Gericht in Warschau stattfinden sollte, ist laut Gerichtsbeschluss vom 17. Oktober auf den 24. November vertagt worden.

* Fünfzehn aus Frankreich ausgewiesene italienische Kommunisten, die bei Lille die belgische Grenze überschritten hatten, sind von belgischen Gendarmen wieder nach Frankreich zurückgebracht worden.

* Anlässlich der Wiederausstellung des Wagens, in dem die Unterzeichnung des Waffenstillstandes zwischen Marshall Foch und Erzberger stattfand, wird im Walde von Compiègne am 11. November eine Feier unter dem Vorsitz von Kriegsminister Painlevé stattfinden.

* Aus Peking wird amtlich gemeldet, daß die Truppen Tchangscholins an der Kalgan-Front 3000 und an der Südfont mehr als 10 000 Gefangene gemacht hätten. Gleichzeitig seien 400 Maschinengewehre erbeutet worden. Marshall Tchangscholins gab eine Erklärung ab, in der es heißt, daß sich die Lage in Peking gebessert habe. Die Stadt Tschinghou werde von der Mukden-Artillerie bombardiert und stehe vor dem Falle.

„Das Elsaß brennt.“

„Das Elsaß brennt!“ so lautete das Urteil eines neutralen Berichterstatters, der kürzlich das frühere Reichsland besucht hat. Die französische Presse ist angefüllt mit den sorgenvollsten Schilderungen der ständigen Verschärfung der Lage und die französische Regierung weiß sich keinen Rat.

Als die Franzosen 1918 ins Elsaß einzogen, glaubten sie nach den Darstellungen, welche ihnen die Revanche-Presse gemacht hatte, daß sie in ein im Herzen gut französisches Gebiet kämen, das keinen anderen Wunsch kenne, als so schnell wie möglich restlos in Frankreich aufzugehen. Unter geschickter Regie inszenierte Feiertlichkeiten, bei denen man allerdings schon dazu greifen mußte, die elsaßischen Bauernmädchen durch kostümierte Pariser Modistinnen zu ersetzen, ferner die Kriegsmüdigkeit der an der Front liegenden Vogesenländer und der Zweifel, ob Deutschland sich je wieder werde aufrichten können, kamen den Franzosen entgegen. Ohne Widerstand zu finden, konnten sie in den ersten Wochen den Versuch machen, alle Erinnerungen an die deutsche Zeit zu tilgen und namentlich die Schulen ganz auf das Französische umzustellen, um ein junges Geschlecht zu erziehen, welches die Sprache seiner Eltern vergessen sollte.

Aber die Fittlerwochen dauerten nicht lange. Das Wort, welches ein vertriebener deutschgeinnter Elsäßer beim Abschied seinen Landsleuten zurief: „Ihr müßt noch einmal französisch werden, um ganz zu begreifen, wie deutsch ihr seid!“ bewahrheitete sich überraschend schnell. Die Wirkungen der Abschneidung Elsaß-Lothringens von seinen natürlichen wirtschaftlichen Verbindungen traten nicht einmal so stark in den Vordergrund, weil Deutschland in den Krämpfen der Inflation lag und der französische Frank gegenüber den deutschen Millionen eine Edelwale darstellte. Die Gegenwehr begann daher aus ganz idealen Gründen. Die deutsche Kommunalgesetzgebung, die deutsche Sozialversicherung erwiesen sich als solche Fortschritte gegenüber den französischen Zuständen, daß sich hier das Rad der Entwicklung nicht rückwärtsdrehen ließ und jeder Versuch, dem Volke eines dieser Rechte aus Gründen einer Angleichung an den französischen Zentralismus zu nehmen, Erbitterung und Empörung erweckte. Um die „Assimilierung“ zu beschleunigen, hatten die Franzosen innenfranzösische Beamte in großer Zahl nach dem Elsaß versetzt. Leute, die sich mit den Einwohnern nicht verständigen konnten, fremde Sitten und Anschauungen mitbrachten und sich bald so wenig wohl fühlten, daß sie nur einen Wunsch hatten: Wieder weg aus diesen Gefilden der elsaßischen Hochs und heim ins gesegnete Frankreich! Man wußte sich nicht anders zu helfen, um die für die französische Verwaltung nötigen Beamten zu erhalten, als ihnen eine besondere Zulage zu bewilligen, wie sie die französischen Beamten in den Kolonien erhalten. Damit war eine Bevorzugung der Fremden gegenüber den einheimischen Beamten geschaffen und die Elsaß-Lothringer fühlten sich mit den Ananiten und Senegalnegern auf eine Stufe gestellt. Inzwischen traten aber die furchtbaren Folgen der französischen Schulpolitik zutage. In einem so hochentwickelten Kulturlande mußten die Handwerkskammern feststellen, daß sich unter den Schulentlassenen nicht einer befand, der richtig deutsch oder französisch schreiben konnte. Alle die Schuljahrgänge, welche den ersten „Seenen“ der Französisierungsversuche

am eigenen Leibe erlebt haben, sind Bildungs-krüppel geworden, die kein Fortkommen in der Welt sehen, wenn sie nicht noch fleißig nachholen, was die Schulausbildung versäumt hat.

War bisher die Mißstimmung, das sogenannte „Malaise“, immer bedrohlicher angewachsen, so bedurfte es hinfort nur kleiner Zwischenfälle, um es zum Sturm zu entfachen. Diese Zwischenfälle blieben bei der beiderseitigen feindseligen Erregung nicht aus. Die politischen Parteien, die anfangs ihren Frieden mit Frankreich gemacht hatten, wurden mitgerissen. Die Zeitungen schwelgen, eine nach der anderen, in das Lager der Regionalisten über, welche die Heimatrechte und die deutsche Eigenart des Landes betonen und sie erhalten wollen. Bald aber genügte das regionalistische Programm der Volksstimmung nicht mehr. Es bildete sich der Heimatabund, der schon von Anfang an autonomistisch eingestellt war, d. h., die Selbstverwaltung von Elsaß-Lothringen, allerdings im Rahmen des Französischen Staates, anstrebte. Zwei neue Zeitschriften entstanden, die „Zukunft“, die schnell über 30 000 Abonnenten verfügte, und die viel radikalere „Wahrheit“ (75 000 Auflage), herausgegeben vom Baron Jörn von Bulach, dem Sohn des früheren deutschen Staatssekretärs und Sproßling einer der ältesten Familien des Landes. Und nun begingen die Franzosen einen großen Fehler. In ihrer Nervosität griffen sie zu Gewaltmaßnahmen, bestrafte die Führer des Heimatabundes und setzten unter zweifelhaftem Vorwand den Baron Jörn von Bulach ins Gefängnis. Die Antwort war die Grün-

dung der „Autonomistenpartei“, die damit droht, den Völkerbund anzurufen und zu verlangen, daß Elsaß-Lothringen als ein Gebiet nationaler Minderheiten das Recht erhält, durch eine Volksabstimmung zu entscheiden, ob es weiter zu Frankreich gehören will. Unter dem Druck dieser Bewegung haben die Franzosen schleunigst eingelenkt und der deutschen Sprache in den Schulen größere Rechte bewilligt, doch werden diese Zugeständnisse als völlig unzulänglich von der Volksmehrheit kritisiert und der schwerste Kampf steht noch bevor, wenn Frankreich Ernst mit seiner Absicht macht, die innenfranzösischen Kirchengesetze in Elsaß-Lothringen zur Durchführung zu bringen.

In der innenfranzösischen Presse aber begegnet man Auslassungen, daß es ein schwerer Fehler des Versailleser Vertrages gewesen sei, das „Frankreich innerlich entfremdete Elsaß-Lothringen“ unter falschen Voraussetzungen zu annektieren. Statt daß Frankreich das Elsaß assimiliert habe, beginne das Elsaß die ganze französische Verfassung zu vergiften. Die französischen Arbeiter fordern eine Ausgestaltung der Sozialgesetzgebung nach dem im Elsaß bestehenden deutschen Muster, die Städte drängen auf eine freiere Kommunalverwaltung und, was vielleicht das schlimmste ist, während Frankreich früher keine Minderheitenfragen kannte, sind jetzt die Bretonen, die Flamen, die Basken und die italienischen Korsen aufgewacht und beginnen sich mit den Elsäßern und Lothringern zum gemeinsamen Schutz der Heimatrechte und der Mutterbrache aufzuschaufeln.

Schwierige Verhandlungen im Bergarbeiterstreik Einigungsversuche im Reichsarbeitsministerium.

Die Forderungen der Parteien.

Im Reichsarbeitsministerium haben am Donnerstag die Verhandlungen zur Beilegung des Lohnstreiks im mitteldeutschen Braunkohlenberauben begonnen. Den Vorsitz führte der Schlichter für Oberhessen, Professor Dr. Brahn, der auch die bisherigen ergebnislos verlaufenen Schlichtungsverhandlungen in diesem Streik geleitet hat. Zu Beginn der Verhandlungen machte Prof. Dr. Brahn den Versuch, die Verständigung zwischen beiden Parteien herbeizuführen, ohne daß ein Schiedsspruch gefällt zu



Der Schlichter Prof. Dr. Brahn.

werden braucht. Hierbei erhoben die Vertreter der Arbeitnehmer die Forderung nach einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 15 Prozent, während die Arbeitgeber daran festhielten, einer Lohnerhöhung nur dann zustimmen zu können, wenn sie auch gleichzeitig eine Kohlenpreiserhöhung im Gefolge habe.

Nachdem eine gütliche Einigung nicht erzielt werden konnte, trat der Schlichtungsausschuß in Funktion, der nach eingehenden Beratungen der Lage einen Schiedsspruch fällen wird. Erst wenn eine der beiden Parteien gegen diesen Schiedsspruch Widerspruch erheben wird, wird der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in den Streit eingreifen und den Schiedsspruch für verbindlich erklären, so daß damit dann das Ende des Streiks erreicht würde. Man rechnet damit, daß zu Beginn der nächsten Woche die Arbeit in den Gruben wieder aufgenommen werden kann.

Schwierige Verhandlungen.

Berlin, 20. Oktober. Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium gestalten sich außerordentlich schwierig. Wie dem Vertreter der I. A. von gewerkschaftlicher Seite erklärt wird, beharren die Gewerkschaften bis zur Stunde nach wie vor auf ihrem Standpunkt, sowohl in den reinen Lohnfragen, als auch in den Nebenfragen, so daß die Parteien augenblicklich Sonderkündigungen abhalten. Wie verlautet, nahm an den Besprechungen der Arbeitgeberseite auch ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums teil. Von gewerkschaftlicher Seite wird betont, daß man auch weiterhin nicht nachgeben werde.

Auf heute Freitag vertagt!

Berlin, 20. Oktober. Die Verhandlungen der Schlichtungskammer zur Beilegung des Braunkohlenstreiks wurden gegen 23 Uhr auf Freitag 13 Uhr vertagt, da noch eine Reihe von Differenzpunkten der Klärung bedarf. Ueber die Aussichten läßt sich zurzeit nicht das Geringste sagen.

Weitere Stilllegungen durch den Braunkohlenstreik.

Halle, 20. Oktober. Zur Streiklage liegen besondere Mitteilungen nicht vor. Im Bitterfelder Revier ist neuerdings auch die Delitzscher Zuderfabrik zum Erliegen gekommen; ebenso einige Textilfabriken im Eilenburger Gebiet.

An der Streiklage im Kasseler Revier hat sich heute wenig geändert. Insgesamt arbeiten im ganzen Revier ungefähr 37,6 Prozent der Belegschaften. Auf den Hauptwerten, namentlich der Gewerkschaft Friedland und der Gewerkschaft Großkraftwerk Main-Weber in Borken, werden die Forderungen in dem bisherigen Umfang aufrecht erhalten.

Zum Einsatz der Landespolizei im Hirschfelder Streitgebiet.

Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ meldet in ihrer Donnerstag-Nummer, daß von den im Hirschfelder Streitgebiet eingesetzten Polizeimannschaften am Mittwoch ein Teil wieder nach Dresden zurückgezogen werde. Diese Nachricht ist nicht zutreffend. Es ist wohl richtig, daß am Mittwoch von den 200 in das Hirschfelder Gebiet entsandten Polizeimannschaften 65 wieder nach Dresden zurückgezogen worden sind, weil sich herausstellte, daß vorläufig nicht das ganze Kommando gebraucht wurde. Die zurückgebliebenen 135 Mannschaften bleiben bis auf weiteres dort, wo sie in den letzten Tagen eingesetzt worden sind, und zwar solange, bis sich herausstellen wird, ob die Zahl der eingesetzten Polizeikräfte genügt. Vor allen Dingen wird erst abzuwarten sein, wie sich die Aufforderung der Streikleitung an die zur Leistung von Notstandsarbeiten in den Werken zurückgebliebenen Arbeitswilligen auswirken wird.

Zu dem von dem sächsischen Wirtschaftsministerium angeordneten Einsatz der Technischen Nothilfe in Hirschfelde und Böhlen schreibt der altsozialistische „Volksstaat“:

„In dem Augenblick, in dem die Stromversorgung in Sachsen erliegt, steht das gesamte sächsische Wirtschaftsleben still. Alle lebenswichtigen Betriebe, staatlichen und privaten Charakters, sind an die staatliche Elektrizitätsversorgung angeschlossen. Gerade im Interesse der sächsischen Arbeiterschaft muß die sächsische Regierung alles tun, um die Stromversorgung aufrechtzuerhalten.“